

# Genossenschaftlicher Wohnungsbau in St. Gallen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **21 (1946)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101824>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

läßt sich eine befriedigende Entwicklung der Städte nicht denken ohne dauernde Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Der Kanton Zürich hat sein Wohnungsbaugesetz, über das er heute so froh ist, auch erst nach verschiedenen Anläufen erhalten. Ich bin überzeugt, daß der Entscheid des Nationalrates in dieser Sache nicht endgültig ist und daß die Verhältnisse zum Eingreifen zwingen werden, denn ohne ein solches steht eine vernünftige Landes- und Regionalplanung bloß auf dem Papier. Es scheint mir daher, daß es richtig ist, wenn die heutige Generalversammlung ihr Bedauern über die ablehnende Haltung des Nationalrates zum Ausdruck bringt.

Meine Ausführungen haben Ihnen gezeigt, daß die Behebung der Wohnungsnot eine äußerst mühsame Aufgabe darstellt. Diese könnte ohne die Mitarbeit der Genossenschaften, besonders in den Städten, nicht gelöst werden. Ich will nicht hoffen, daß Sie durch meine Ausführungen im Willen zu weiterer Mitarbeit gehemmt worden sind. Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. Um sie aber zu überwinden, muß man sie klar erkennen. Wenn wir auch offenbar noch nicht völlig das Zutrauen aller Behörden gefunden haben, so spüren wir es täglich: Wir haben die Zustimmung des Volkes, das unsere Arbeit um so stärker würdigt, als wir ihm zu dienen gewillt sind.

## WOHNUNGSNOT UND WOHNUNGSBAU

### Genossenschaftlicher Wohnungsbau in St. Gallen

Man vergißt gelegentlich über den großartigen Leistungen unserer wichtigeren Städte, die sie auf dem Gebiete des Wohnungsbaues aufzuweisen haben, daß auch mittlere und kleinere Orte Respektables zustande bringen, ja, daß ihre Leistungen angesichts der stärkeren Hindernisse viel zuwenig anerkannt werden. Gerne nimmt man daher eine Schilderung über den «Genossenschaftlichen Wohnungsbau in St. Gallen» entgegen,

wie sie das «*St. Galler Tagblatt*», Nr. 384 vom 7. August, auf acht Textseiten seinen Lesern darbietet. Ganz besonders interessant wirkt diese Beilage noch deswegen, weil der genossenschaftliche Wohnungsbau hineingestellt wird einerseits in die Probleme der Stadtplanung, andererseits in diejenigen von neuen Bauweisen. \*\*\*

### Baukosten am 1. August 1946

(Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Zürich)

Nach der mit Stichtag 1. August durchgeführten Erhebung über die Baukosten in der Stadt Zürich haben sich diese seit dem 1. Februar dieses Jahres um 6,5 Prozent verteuert. Auf die Preisbasis 1938 = 100 bezogen, erhöhte sich nämlich der Index von 166,8 auf 177,7 oder um 10,9 Punkte. Seit Juni 1939 beträgt die Teuerung nunmehr 77,1 Punkte oder 76,6 Prozent. Der nach den Normen des Schweiz. Ingenieur- und Architektenvereins errechnete Kubikmeterpreis stellt sich am 1. August auf Fr. 89.05 gegen Fr. 83.45 am 1. Februar dieses Jahres und Fr. 50.25 im Juni 1939.

Von den drei Gruppenindices stieg der Index der Rohbaukosten von 169,5 auf 184,8, jener der Innenausbaukosten von 168,4 auf 176,6, und der Index der übrigen Kosten von 152,6 auf 160,2 Punkte. Unter den einzelnen Arbeitsgattungen weisen diesmal vor allem die stark ins Gewicht fallenden Erd- und Maurerarbeiten eine größere Erhöhung auf. Ihr Index stieg um 18,3 Punkte oder 11,5 Prozent. Weitere Steigerungen von 10 und mehr Prozent finden sich ferner bei den Gipsarbeiten, den Wand- und Bodenplattenarbeiten, bei

Kochherd, Waschherd und Waschmaschine und bei Baureinigung. Bei den Gipserarbeiten und der Baureinigung sind die Erhöhungen wie bei den Erd- und Maurerarbeiten in erster Linie die Folge von Lohnsteigerungen, während die Zunahme der Kosten der Wand- und Bodenplattenarbeiten in der Hauptsache durch die Einfuhr teurer ausländischer Produkte und die Verteuerung des Wascherdes durch die Wiederverwendung von Kupfer an Stelle von Eisenblech begründet ist. Unter den übrigen Kosten sind die Werkschlüsse im Preise unverändert geblieben, und die Bauzinsen infolge des Rückganges des Zinssatzes eine nur minime Zunahme auf.

Auf die Preisbasis 1914 = 100 bezogen, ergibt sich für die Gesamtbaukosten der neue Indexstand von 249,4 Punkten. Der Gesamtindex der Kosten der Lebenshaltung steht demgegenüber im Juli auf nur 211,3 Punkten. Seit Juni 1939 beträgt die Verteuerung der Lebenshaltungskosten 49,6, die Verteuerung der Baukosten, wie gesagt, 76,6 Prozent.

### Wohnbaupolitik in Schweden

Wie aus einer kürzlichen Publikation schwedischer Bankkreise\* hervorgeht, sind im dortigen Wohnungsmarkt ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen wie in unserem Lande.

\* Housing policy in Sweden in «Index» (Svenska Handelsbanken, Stockholm), Nr. 167, March 46.

Die ersten Kriegsjahre brachten einen starken Rückgang der Anzahl erstellter Wohnungen. Während diese Zahl von 30 000 im Jahre 1935 auf 45 000 im Jahre 1939 angestiegen war, sank sie 1940 auf 20 000 und 1941 auf 13 000. Als Ursachen werden in der zitierten Schrift angeführt: die Zins-